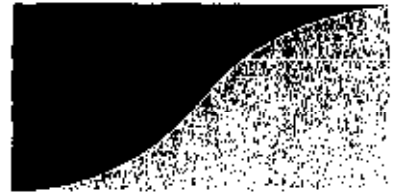


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Peter Glotz, Vorsitzender der Berliner SPD, setzt sich mit der Berliner CDU auseinander: Schwanken zwischen liberalen Kurskorrekturen und konservativem Populismus.

Seite 1/2

Heinz Galinski fordert Rechtsextremismus nicht länger zu bagatellisieren: Wirksames Handeln geboten.

Seite 3

Hans de With MdB erinnert an den 50. Todestag von Hermann Müller: Ein Opfer der Engstirnigkeit.

Seite 4

Hans Koschnick zeigt, wie sich Wilhelm Kaisen für die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr eingesetzt hat: Ein Beispiel gegeben.

Seite 5-7

Ludwig Stiegler MdB stellt fest, daß die Integration von Minderheiten nicht mit dem Polizeiknüppel gelingt: Polizeistaat Bayern?

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 54

19. März 1981

Die SPD tritt an

Berlins CDU schwankt zwischen liberalen Kurskorrekturen und konservativem Populismus

Von Dr. Peter Glotz
Vorsitzender der Berliner SPD

Die CDU plakatiert überall in Berlin "Der Wechsel ist fällig". Das ist nicht nur das Recht, es ist sogar die Pflicht einer demokratischen Opposition, für den Wechsel zu kämpfen. Aber es ist genauso das Recht einer Regierungspartei, zu fragen, mit welchen Parolen für den Wechsel gekämpft wird. Und da zeigt sich eben, daß das Argument vom Wechsel inhaltsleer ist. Wer nicht nachdenkt, kann sich damit identifizieren, ohne ein einziges Mal zu fragen, was eigentlich hinter dem Wechsel stecken soll. Deswegen werden wir ab heute jeden Tag die Berliner CDU fragen: In welche Richtung wollt ihr Berlin denn führen, wenn Euch die Wähler die Mehrheit geben würden? Bisher merkten wir nur ein unentschiedenes Schwanken zwischen liberalen Kurskorrekturen und konservativem Populismus.

Kein Zweifel: Das, was Richard von Weizsäcker zur Deutschlandpolitik sagt, ist vernünftiger, als das was vorher Heinrich Lummer sagte. Aber abgesehen davon, daß Heinrich Lummer ja nicht in der Versenkung verschwunden ist, sondern eher in der Höhe eines hohen Antes versteckt werden soll: Wenn ich höre, daß dem Kollegen Diepgen bei der Rückgabe der Schinkel'schen Brückenfiguren nichts anderes einfällt, als die 90.000 DM Restaurationskosten aufzurechnen, dann kann ich nur sagen: Die neue CDU fällt in die alten Stimmungen zurück.

Ein anderes Beispiel: Wir begrüßen die Bereitschaft der Berliner Union, an zukunftsweisenden Lösungen für die Berliner Wohnungspolitik mitzuarbeiten. Eins aber ist sicher: Das liberalistische Konzept, das der Mannheimer CDU-Parteitag gerade beschlossen hat, ist dafür völlig ungeeignet. Wir fragen Richard von Weizsäcker, ob er zu dem Konzept der Sozialausschüsse und seines Senatskandidaten Blüm oder zum



mit breiter Mehrheit beschlossenen Konzept seiner eigenen Partei steht? Das Profil der Union in der Wohnungspolitik schwankt hin und her; da wäre ein Wechsel fällig - ein Wechsel zur Kontinuität.

Wobei ich einräume: An ein paar Punkten gibt es bei der Union nicht zu wenig, sondern sogar zuviel Kontinuität. Ich höre manchmal mit einem gewissen Amusement, daß die Union und vor allem die der Union nahestehenden Zeitungen behaupten, der SPD sei die personelle Erneuerung nicht gelungen. Das ist bei der CDU ganz anders. Sie hat gerade in Charlottenburg den früheren Stadtrat Röseler wieder aufgestellt, dessen wichtigstes Anliegen das Singen der ersten Strophe der Nationalhymne - Deutschland, Deutschland über alles - in den Berliner Schulen war und in Spandau den früheren Charlottenburger Bürgermeister Legien. Für Herrn Legien ist alles, was links von der Mitte der Sozialdemokraten steht, radikal und darf nicht in den öffentlichen Dienst. So etwas kann man ja fast nur noch von der heiteren Seite nehmen. Deswegen sage ich: Wann Herr Blüm wüßte, was er da für Fraktionskollegen bekommt, vielleicht wäre er dann lieber in Rheinland-Pfalz geblieben. Man kann aber auch ernster sagen: Einer Partei mit solchen Kandidaten sollte man Berlin nicht anvertrauen.

Die SPD tritt an. Die Wahlauseinandersetzung wird kurz sein; deswegen werden wir uns ganz und gar auf Argumente und die Vermittlung der Argumente durch die Mitglieder der SPD stützen. Wir haben keine Zeit und auch keine Lust für Mätzchen. Deswegen bitte ich um Verständnis, daß es in unseren Fernsehsendungen keine glücklich blickenden Mädchen geben wird und daß wir unsere inhaltlichen Forderungen wichtiger nehmen als attraktiv angegraute Kandidatenköpfe.

Argumente können allerdings nur dann ankommen, wenn sie vermittelt werden. Ich gehöre nicht zu denen, die langatmige Klagelieder über die Medien anstimmen. Auch das Haus Springer greife ich niemals pauschal an, weil ich weiß, daß in einer großen Zeitung oder in einem großen Konzern immer Leute mit unterschiedlichen Auffassungen und einem unterschiedlichen Berufsethos arbeiten. Deswegen frage ich ganz konkret: Beispielsweise in der Frage der Hausbesetzungen und bei der Übermittlung der Argumente, die der Senat für seine vorsichtig abwägende Linie vorzubringen hat, legt die "Berliner Morgenpost" eine Glocke der Desinformation über die Bürger dieser Stadt. Dies ist - jenseits des Rechts jeder Zeitung, ihre noch so einseitigen Kommentare zu bringen - Kampagnen-Journalismus, der durch nichts zu entschuldigen ist. Wir werden den Versuch machen, wenigstens in den letzten vier Wochen vor der Wahl, diese Glocke der Desinformation durch die "Zeitung am Sonntag" wenigstens teilweise zu durchbrechen.

Unsere Ausgangsposition für diese Wahl ist im übrigen klar. Wir wollen die sozial-liberale Koalition in Berlin fortführen. Zwar sind auch wir der Meinung, daß in einer Demokratie jede Partei mit jeder koalitionsfähig sein muß; im übrigen ist dies eine Selbstverständlichkeit, die man nicht beschließt. Im konkreten Fall aber sagen wir klar: Mit einer CDU, deren Profil so verwischt ist wie das der Berliner CDU, halten wir ein Zusammengehen nicht für sinnvoll.

Ich gehe davon aus und hoffe, daß die Freien Demokraten ihr Verhältnis zur Union genauso klar definieren werden, wie wir das tun.

Vor zwei Monaten schien unsere Ausgangsposition für vorgezogene Wahlen aussichtslos. Auch heute ist diese Ausgangsposition schwierig; aber wir haben immerhin erreicht, daß das Rennen wieder offen ist. Jetzt bedarf es der Kraft von uns allen. (-/19.3.1981/hi/ca)

+ + +

(Auszug aus der Rede zum Wahlkampfauftakt)



Wirksames Handeln geboten

Rechtsextremismus darf nicht länger bagatellisiert werden

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Im Zusammenhang mit der Regierungserklärung zur Rechtspolitik vor dem Deutschen Bundestag muß auf Entwicklungen hingewiesen werden, die unverzügliche Konsequenzen erfordern. Sie ergeben sich aus den Feststellungen, zu denen die vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene Studie des Münchner Sinus-Instituts gelangt ist. Der Sinus-Studie zufolge haben 13 Prozent der bundesdeutschen Wählerschaft ein von rechtsextremistischer Ideologie bestimmtes politisches Weltbild, während sechs Prozent mit Terror und Gewaltanwendung sympathisieren, sofern diese rechtsextremistisch motiviert ist. Andere Umfragen haben ergeben, daß es nach wie vor in der Bevölkerung antijüdische Vorurteile von nennenswertem Ausmaß gibt - dies obwohl nur etwa 29.000 Juden in der Bundesrepublik Deutschland leben. Wir begegnen also einem Antisemitismus ohne Juden.

Diese Tatbestände müßten für jeden Demokraten alarmierend sein. Sie bestätigen, wie recht wir mit unseren jahrelangen Warnungen hatten, die allzu oft und allzu lange als Ausdruck unserer angeblichen, verfolgungsbedingten Überempfindlichkeit abgetan und teilweise sogar als ausgesprochen lästig empfunden wurden.

Die führenden Politiker aller demokratischen Parteien, die Repräsentanten der Gewerkschaften und die Vertreter der Kirchen sind nunmehr aufgerufen, endlich ein klares Wort zu sprechen. Wenn es darum geht, dem Rechtsextremismus wirksam zu begegnen, müssen alle Demokraten Trennendes zurückstellen. Es geht nicht an, daß Erscheinungen des Rechtsextremismus weiterhin bagatellisiert werden. Trotz der großen Zahl akuter Probleme auf vielen Gebieten, darf nicht hingenommen, übersehen oder totgeschwiegen werden, daß der Rechtsextremismus nach wie vor über eine Basis in Teilen der Bevölkerung verfügt.

Das Vorhandensein eines solchen rechtsextremistischen Potentials ist um so ernster zu nehmen, als sich die Bundesrepublik Deutschland noch in einer vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Situation befindet. Es stellt sich die Frage, was hier eintreten könnte, sollten sich soziale Spannungen weiter verschärfen. Dies weist darauf hin, wie dringend geboten jetzt ein wirksames Handeln ist. Zu einem beträchtlichen Teil wird es in rechtspolitischen und bildungspolitischen Initiativen bestehen müssen. Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgerufen zu zeigen, daß sie eine kämpferische Demokratie ist.

(v/19.3.1981/ks/ca)

+ + +



Ein Opfer der Engstirnigkeit

Zum 50. Todestag von Hermann Müller (Franken) Reichskanzler a.D. am 20. März

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz
stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Am 20. März 1981 jährt sich der Todestag von Hermann Müller (Franken) zum 50. Male. Wir haben eines Sozialdemokraten zu gedenken, dessen Wirken eng verknüpft ist mit dem Schicksal der SPD in der Weimarer Republik.

Müllers Stationen: Der in Mannheim am 18. Mai 1876 geborene Sohn eines Fabrikdirektors war seit 1906 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, gehörte seit 1916 dem Reichstag an und wurde 1920 in seinem Wahlkreis Franken - dieser umfaßte Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Coburg - wieder gewählt. 1919 bis 1927 war er neben Otto Wels Parteivorsitzender, 1920 bis 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD.

Als Mehrheitssozialist half Hermann Müller, in der Novemberrevolution 1918 dem revolutionären Elan der Rätebewegung zu wehren und gemäßigten, auf die Verfassung hin arbeitenden Kräften zum Siege zu verhelfen. Der von dem sozialdemokratischen Reichskanzler Bauer geführten Regierung der Weimarer Koalition aus SPD, Deutscher Demokratischen Partei und Zentrum gehörte Müller als Außenminister an - in dieser Funktion unterzeichnete er gemeinsam mit Johannes Bell den Versailler Vertrag und zog sich so den Haß der nationalen Rechten zu.

Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches wurde Hermann Müller im März 1920 Reichskanzler. Das Ende der Weimarer Koalition im Juni 1920 beendete seine Kanzlerschaft und markiert zugleich das Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung für fast acht Jahre. Seine 2. Kanzlerschaft, vom Mai 1928 bis März 1930, kennzeichnet die Rückkehr der Sozialdemokratie in die Regierung. Doch war diese Rückkehr gleichbedeutend mit schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD. Die Parteilinke widersetzte sich dem Eintritt der SPD in die Regierungskoalition mit Demokraten, Deutscher Volkspartei und Zentrum.

Trotz seiner begrenzten Erfolge, vor allem bei der Milderung der Reparationslasten, blieb das Kabinett Müller in der SPD stets umstritten. Es zerbrach zu Beginn der Weltwirtschaftskrise an der Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein halb Prozent erhöht werden könnten. Die SPD, von der Parteilinken zur Härte gedrängt, erwieß sich in dieser Frage als nicht zum Kompromiß mit den Regierungspartnern fähig, lehnte ab und scheiterte. Die Regierung Müller war, wie Joseph Rovin schreibt, "ein Opfer der Engstirnigkeit ihrer eigenen Partei und der Gewerkschaften geworden". Ihr Scheitern war das Ende sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und das Ende parlamentarischen Regierens in der Weimarer Republik überhaupt. Müllers Nachfolger Brüning stand einem "Kabinett der Persönlichkeiten" vor, das mit Hilfe von Notverordnungen regierte.

Hermann Müller war für lange Zeit der letzte sozialdemokratische Chef einer deutschen Regierung. Erst 1966 kehrten Sozialdemokraten in die Bundesregierung zurück, erst 1969 wurde Willy Brandt Bundeskanzler. Gewiß wiederholt sich Geschichte nicht. Aber das Scheitern von Müllers Zweitem Kabinett 1930 mahnt uns, kritisch zu sein gegenüber denen, die zu vergessen scheinen, daß die Wahrnehmung von Regierungsverantwortung - zumal in einer Koalitionsregierung - die Fähigkeit zum Kompromiß voraussetzt; zum Kompromiß, der freilich für die Öffentlichkeit - als Ergebnis eines notwendigen Aufeinanderzugehens verschiedener Auffassungen - stets nachvollziehbar sein sollte. (-/19.3.1981/ks/ca)

+ + +



Wilhelm Kaisen hat ein Beispiel gegeben
-----**Für die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr**

Von Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Unsere republikanische Bundeswehr will eine Hinwendung zu freiheitlichen und demokratischen Ereignissen; sie steht nicht zuletzt zu moralisch-ethischen Verpflichtungen in schwerer Zeit. Aus diesen Gründen regte Bundeskanzler Helmut Schmidt als damaliger Verteidigungsminister im Mai 1972 an, Kasernen und Einrichtungen der Bundeswehr auch nach bedeutenden Personen der Nachkriegsgeschichte zu benennen. So hat seit 1973 zum Beispiel die Bundeswehr in Köln eine Konrad-Adenauer-Kaserne, in Stuttgart eine Theodor-Heuss-Kaserne und in Kassel eine Fritz-Erler-Kaserne - als einen Ausdruck ihres staatsbürgerlichen Bekenntnisses. Jetzt wurde in Bremen eine Marine-Kaserne nach dem langjährigen Präsidenten des Bremer Senats und Bürgermeister, dem Sozialdemokraten Wilhelm Kaisen, benannt.

Die Bundeswehr will Persönlichkeiten unserer Zeit in ihre Tradition aufnehmen. Die ausgewählten Namen sollen als Symbole für die junge Generation weitergegeben werden, um aufzuzeigen, was wir, die Älteren, für überlieferenswert und beispielhaft halten.

Die Bundeswehr ehrt damit den persönlichen Einsatz, die Leidenschaft, die Verantwortung und das Augenmaß der Männer, die in schwierigen Zeiten entscheidenden Anteil am Aufbau unseres Staates, an der Wiedereingliederung unserer Nation in die Familie der freien Völker und an der Sicherung des Friedens hatten. Wilhelm Kaisen steht zu Recht in dieser Reihe.

Wilhelm Kaisen selbst leistete seinen Wehrdienst vom 1. Oktober 1907 bis zum 30. September 1909 beim Feldartillerieregiment Nr. 9 in Itzehoe und wurde als Gefreiter und Unteroffiziersaspirant verabschiedet. Die Ableistung seiner Dienstzeit war für ihn eine Selbstverständlichkeit. Er wollte seine Schuldigkeit tun, ebenso wie Tausende von anderen einfachen Soldaten, bemerkte er in seinem Buch "Meine Arbeit, mein Leben".

Am 3. August 1914 erfolgte seine Einberufung als Unteroffizier beim Regimentsstab des Reservefeldartillerieregiments Nr. 18 in Bahrenfeld. Er nimmt teil an den Kämpfen in Flandern und in Nordfrankreich. Weihnachten 1918 wird er als Sergeant entlassen.

Sein Einblick in das Denken und Fühlen der Soldaten war bestimmt von der Einsicht, daß Disziplin notwendig und persönliche Wünsche und Empfindungen zurückzustellen seien, wenn es im Interesse der Gemeinschaft geboten war.

Die Verteidigungsbereitschaft sah er im Zeugnis der vielen Millionen Soldatengräber. Das alles, so schreibt er später, hat aber nur bedingt etwas zu tun mit der Schicksalsfrage, ob die damalige deutsche Wehrpolitik den Erfordernissen dieses Jahrhunderts gewachsen war. Das war seiner Ansicht nach schon damals entschieden zu verneinen, und er schlußfolgert, daß neben dem selbstverständlichen Verteidigungswillen eine ebenso selbstverständliche Politik des Friedens und des Friedenswillens hätte stehen müssen. Die Vorstellung, daß Erfolg in der Politik nichts anderes als eine militante Machtfrage sei, hatte für Deutschland die Folge, daß Bismarcks Schöpfung nach einem halben Jahrhundert zugrunde ging. Und er fährt fort, daß Bismarcks Anbeter leider, wie der 2. Weltkrieg beweist, nicht viel aus der Geschichte gelernt hatten, sonst wäre heute Deutschland noch ungeteilt. Damit Deutschland sich wieder zu einem einheitlichen demokratischen Freistaat emporarbeiten könne, brauche es eine offizielle Politik, die auf lange Sicht bewußt die sittlichen Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens befolgt und nicht die machtpolitischen.

Nach dem Waffenstillstand im November 1918 wurden auf Befehl der obersten Heeresleitung in der gesamten Armee Soldatenräte gebildet. Jede Kompanie und Batterie erhielt einen Soldatenrat, Kaisen, der beim Regimentsstab als Sergeant Dienst tat, wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Soldatenrates des Regiments gewählt. Etwas humorvoll, so meine ich, schreibt er in seinem Buch: "So war ich nun Soldatenrat geworden. Mir erschienen Räte aller Art - wie Geheimrat, Kommerzienrat und so weiter - immer als ein Produkt der Ratlosigkeit. Jetzt gab es als neueste Errungenschaft auch einen Soldatenrat und, wie ich

später in der Heimat erfuhr, auch einen Arbeiterrat. Etliche konnten sich nichts Rechtes darunter vorstellen, andere standen unter dem Eindruck, daß sie dem Beispiel der Sowjeträte entlehnt seien."

Kaisens Hauptaufgabe bestand darin, einen geordneten Rückmarsch aus Belgien in die Heimat zu organisieren. Er fand dabei die Unterstützung jener Soldaten, die früher in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung gewirkt hatten. Weihnachten 1918 erreichte das Regiment Hamburg und wurde aufgelöst.

Wilhelm Kaisen hat mit seiner Frau Helene und den weiteren Kindern das Leid der Familien im 2. Weltkrieg selbst ertragen müssen. Von seinen vier Kindern - zwei Mädchen und zwei Söhne - fiel sein 1919 geborener Sohn Nils am 16. März 1942 auf der Krim.

Wilhelm Kaisen hat für die Weidereinbindung des Vaterlandes in die Gemeinschaft der freien Nationen, für die Westintegration und für unseren Verteidigungsbeitrag geworben, um Einsichten gerungen, wurde dabei angegriffen und hatte zum Schluß doch Recht behalten. Als der französische Außenminister Schumann die Unterzeichnerstaaten des Nordatlantikkpakes sowie die Bundesrepublik Deutschland zu einer Konferenz über die Bildung einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" nach Paris einlud, war es der Versuch, den erwünschten deutschen Verteidigungsbeitrag in einem supranationalen Militärverband zu organisieren. Gegenüber einem eigenständigen deutschen Beitrag war man Anfang der 50er Jahre noch in Erinnerung der Kriegszeit zu skeptisch.

Bundeskanzler Adenauer sah in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Chance, die bis dato vorhandene mindere Qualität unseres Staatswesens durch ein gemeinsames westliches Bündnis aufzulösen, um die Bundesrepublik in einem Kreis gleichgestellter Völker aufrücken zu lassen. Er unterzeichnet im Mai 1952 in Bonn den mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag verbundenen Deutschland-Vertrag; einen Vertrag, der uns bis heute eine weitgehende, wenngleich nicht umfassende Souveränität sichert. Zugleich vollzog der unser Beitrittsangebot zu Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Haupthindernis für jeden deutschen Politiker, der damals für den Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eintrat, war die ungeklärte deutsche Frage. "Soll", so fragt Kaisen, "die Wiederherstellung Deutschlands den Vorrang haben, ehe auf eine europäische Bindung eingegangen werden kann, oder soll man trotz des ungeklärten Schicksals Deutschlands den europäischen Zusammenschluß fördern?"

Kaisen war der Meinung, daß man in der ungeklärten deutschen Situation entschlossen sein mußte, davon auszugehen, was Deutschland damals war. Die deutsche Einheit und das europäische Werden waren für ihn zwei verschiedene Dinge. Zur Einheit gehörte die Zustimmung von vier Siegermächten, zu Europas Werden gehörte zunächst einmal die Verständigung mit Frankreich. Das letztere war möglich geworden, das erstere lag noch in einer ungewissen Zukunft.

Deshalb wollte er nicht Lösungen ausschlagen, die uns eine Regelung der offenen Fragen im Westen ermöglichen. Bei einer Verweigerung wären die Fragen im Osten auch nicht gelöst gewesen, und er sah die Folge, daß dann die östlichen und westlichen Probleme Deutschlands weiterhin die beiden großen Reibungsflächen in Europa blieben und den Frieden gefährden konnten. Das waren die Überlegungen, die ihn bewogen haben, gegen die Führung seiner Partei für die europäischen Verträge einzutreten.

Zugleich forderte er aber von Frankreich, daß dieses dann aber auch dem Saarland die Möglichkeit der Eingliederung in die Bundesrepublik gewähren müsse und nicht auf einen von Deutschland eingesetzten europäischen Status für die Saar beharren dürfe, und verknüpfte damit die Abstimmung des Landes Bremen für oder gegen die EVG-Verträge. Es kam damals noch nicht zu der geforderten Saarland-Lösung; und Bremen stimmte deshalb nicht zu - der Preis: "Verzicht auf das Saarland" war zu hoch.

Die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" scheiterte letztlich an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung. Jetzt mußte der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik durch nationale Verbände im Rahmen des "Nordatlantischen Bündnisses" und unter Einsatzverwendung der NATO-Befehlsstrukturen geleistet werden.

Wilhelm Kaisen behält unbeirrt seine Position. Als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses führte er im Dezember 1954 vor dem Bundesrat zu den Gesetzentwürfen des Beitritts der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantik-Vertrag in einigen Vorbemerkungen folgendes aus: "Zwei Probleme sind für unsere Bevölkerung von außerordentlicher Bedeutung: Einmal das Problem der Wiedervereinigung, zum anderen das Problem des Verteidigungsbeitrages.

Jeder Deutsche ist sich darüber klar, daß die notwendige Sicherheit, die er für sich, seine Familie und seine Gemeinschaft verlangt, auch von ihm ein Opfer erfordert. Aber unsere Generation hat auch die bittere Erfahrung machen müssen, daß Armeen nicht die Zukunft der Völker bestimmen, sondern daß die Zukunft von ganz anderen Faktoren bestimmt wird. Sie wird bestimmt von den großen Ideen, von denen die Menschheit getragen ist. Die Verteidigungsmöglichkeiten werden entschieden durch den Wert dessen, was verteidigt werden soll und hängen davon ab, wie weit es verteidigungswürdig ist.

Wie können wir in der westlichen Welt in dieser großen ideologischen Auseinandersetzung, die ja diesen ganz schwierigen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West zugrunde liegen, das Vertrauen erzeugen, daß die großen tragenden Ideen auf unserer Seite sind? Denn sonst wären unser ganzes Mühen und unsere ganzen Überlegungen ein Kampf gegen Windmühlen.

Inwieweit können wir im Westen vor allen Dingen für die Deutschen sprechen, die nicht so wie wir frei über diese Dinge reden können, für unsere Landsleute im Osten, für unsere Landsleute an der Saar? Nur wenn wir für ihr Recht eintreten und wenn der großen tragenden Idee der Menschenrecht, wie sie in der Magna Charta verankert sind, auf allen Gebieten und im kleinsten Winkel hier im Westen Geltung verschafft wird, nur dann wird dieser Westen so verteidigungswürdig und nur dann kann seine Verteidigung so ausgebaut werden, daß er in dieser großen weltanschaulichen Auseinandersetzung bestehen wird."

Kaisers großes außenpolitisches Ziel, die Bindung der Bundesrepublik an Europa und an die Vereinigten Staaten und die damit verbundene Sicherheitsgarantie wurde erreicht, und Frankreich akzeptierte schließlich die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik nach einer positiv verlaufenden Volksabstimmung der Bevölkerung des Saarlandes.

Die Einführung deutscher Streitkräfte war der erforderliche Beitrag, der aus Kaisers Sicht unumgänglich war. Seine Hoffnungen, die neuen Streitkräfte vertretbar in Stärke und Ausrüstung - aber ohne strategische Waffen - zu halten, wurden ebenfalls realisiert, wenngleich die finanziellen Auswirkungen dieser Entwicklung dem Bundesminister für die Finanzen immer wieder einiges Kopfzerbrechen bereitet.

Kaiser hat im Übrigen den Aufbau der Bundeswehr mit stets wachem Interesse begleitet. So war er einer der ersten, die sich für eine öffentliche Gelöbnisveranstaltung erklärten; er - wie auch später sein Nachfolger Bürgermeister Dehmkamp - sah in der gesellschaftlichen Integration der Bundeswehr im Bewußtsein der demokratischen Öffentlichkeit eine notwendige Aufgabe der Politiker.

Bei der Ablegung des feierlichen Gelöbnisses von 580 Rekruten der Panzergrenadierbrigade 32 am 26. August 1960 im Bürgerpark hob Kaiser in seiner Rede hervor, es gehöre zu den Glücksumständen der Nachkriegsperiode, daß der Aufbau der Bundeswehr weniger umstritten sei als zwischen den beiden Weltkriegen die Schaffung der damaligen Reichswehr. Daraus ergäbe sich aber auch für die Bundeswehr, sich nicht "als ein Staat im Staate zu betrachten, sondern sich mit dem Staat und dem Volke eng verbunden zu fühlen". Die große Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands könne nur mit den Kräften des Friedens und nicht mit den Mitteln des Krieges gelöst werden.

Er schloß seine Rede mit folgenden Worten: "Nach außen gesehen geht es heute darum, den Aufbau der Bundeswehr in eine Form der Wehrbereitschaft zu tun, die auch für unsere Verbündeten in der freien Welt annehmbar ist, und es geht nach innen darum, den Geist dieser Truppe, ihre Hingabe an die großen Ideale der Demokratie so zu gestalten, daß sich die neue Bundeswehr dieser Aufgabe nicht nur mit dem Verstand, sondern mit dem Herzen annimmt.

Der Tag der Verteidigung ist dann mehr als eine dienstliche Unerläßlichkeit, wenn er geistig eingebettet wird in die große politische Erlebnisform unserer Zeit - eben in das Ringen um die Gestaltung eines neuen Deutschlands, in dem die Freiheit, die soziale Gerechtigkeit und der Frieden gesichert sind. Von dieser Sicht her gesehen, ist gerade dem Soldaten ein ungewöhnlich hohes Maß an Verantwortung übertragen. Möge sich die Bundeswehr stets dieser besonderen Verantwortung bewußt sein, das ist mein Wunsch in dieser Feierstunde."

(19.3.1981/h1/ca)

Polizeistaat Bayern?

Die Integration von Minderheiten gelingt nicht mit dem Polizeiknüppel

Von Ludwig Stiegler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Aus der "Ordnungszelle Bayern" kommen wieder markige Worte. Der bayerische Innenminister und der bayerische Justizminister gefallen sich mehr denn je in einer Innenpolitik der Stärke. Die staatliche Autorität wird herausgekehrt, "opportunistisches und schwächliches Zurückweichen" wird angeprangert. Die Devise heißt innenpolitische Aufrüstung.

So reagiert nach altem Strickmuster die deutsche Rechte auf eine der Legitimationskrisen dieses Staates. Die Ansätze einer neuen Jugendrevolte, die sich zu den Auseinandersetzungen um eine alternative Energiepolitik dazugesellt haben, sollen mit Mitteln der Repression beantwortet werden. "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", so denken die Anhänger des Nachtwächterstaates auch heute noch.

Für die CSU-Rechtspolitiker ist damit das Problem gelöst. Exempel werden statuiert, um abzuschrecken. Deshalb werden nach echter Polizeistaatsmanier in Nürnberg "Gerechte und Ungerechte" zusammengefangen und in alle Himmelsrichtungen verschleppt. Auch wenn mehr als die Hälfte unschuldige Kinder und Heranwachsende sind: Was schert das einen bayerischen Innen- beziehungsweise Justizminister. Die denken offensichtlich wie in besten wilhelminischen Zeiten, daß es auch den Unschuldigen schon nicht schaden könnte, wenn sie einmal, und sei es prophylaktisch, die Staatsgewalt richtig schmecken.

So geht ein totalitärer Staat mit Minderheiten um. Nicht ein demokratischer, dessen Politiker tagtäglich die Integration als wichtigste staatspolitische Aufgabe leisten müssen, auch und gerade die Innen- und Rechtspolitiker.

Die Integration starker Minderheiten, die Integration einer Jugend, die täglich vielfachen Anlaß hat, gerade im schwarzregierten Bayern den wohltönenden Blasen der etablierten Sprecher zu mißtrauen, gelingt nicht mit dem Polizeiknüppel oder in Untersuchungshaftanstalten. Die Integration gelingt nicht mit unverhältnismäßig harter Reaktion auf Rechtsverletzungen. Flexibilität, Verhältnismäßigkeit und damit auch Glaubwürdigkeit ist gefordert, nicht undifferenziertes Zuschlagen.

Daß "summum jus summa in jura" sein kann, haben schon die alten Römer gewußt. Nur bei den führenden schwarzen Politikern in Bayern, die gerne ihre humanistische Bildung spazierenführen, hat sich das noch nicht eingeprägt.



Wer in fremde Häuser eindringt, verletzt das Recht. Daran kann und darf kein Zweifel entstehen. Wie ist es aber mit denen, die trotz der sozialen Verpflichtung des Eigentums durch das Grundgesetz Wohnungen verkommen lassen, gegen das Zweckentfremdungsgebot verstoßen und trotzdem von den staatlichen Autoritäten mit Samthandschuhen behandelt werden? Wer will jungen Leuten plausibel erklären, daß ein Rechtsstaat diejenigen, die ihnen Anlaß für ihre Aktionen waren, schont, ja begünstigt, während die Polizei, wenn es gegen Hausbesetzer geht sogar das Zusammentrommeln der Strafanträge übernimmt? Statt auf Versäumnisse in zentralen Bereichen unserer Politik, insbesondere in der Boden- und Wohnungspolitik endlich zu reagieren, wird mit dem Polizeieinsatz geantwortet. Nürnberger Exempel sind Lehrstücke für diejenigen, die nach Belegen für die Reform- und Dialogunfähigkeit unserer staatlichen Institutionen suchen. Die Legitimitätskrise der staatlichen Gewalt wird verschärft, wenn dieser Staat nach Polizeistaatsmanier hart am Rande der Legalität mit aller Brutalität zuschlägt, wie das in Nürnberg geschehen ist und wie das nach den markigen Sprüchen unserer bayerischen Rechtspolitiker weiter geschehen soll. Die Legitimitätskrise, in die Staat- und Gesellschaft in Teilbereichen wieder geraten sind, kann nicht zusammengedroschen werden. Sie kann auch nicht verhaftet und eingesperrt werden. Sie muß durch Dialog und Reform bewältigt werden. Dazu gehört übrigens auch eine neue Einstellung zum Demonstrationsrecht, einem Grundrecht, wie man den Nachtwächterstaatsphilosophen aus der Ordnungszelle Bayern immer wieder erklären muß. Unser Demonstrationsrecht ist in den vergangenen Jahren mühsam von polizei- und nachtwächterstaatlichen Relikten gereinigt worden: Auf dem Papier, leider noch nicht überall in den Köpfen. Ausgangspunkt und Endpunkt der Beurteilung des Demonstrationsrechtes in einer offenen Gesellschaft ist und kann nicht die "öffentliche Sicherheit und Ordnung" wie zu besten Kaisers Zeiten sein. Ausgangspunkt muß das grundgesetzlich verbürgte Recht, seine Meinung frei zu äußern, bleiben. Es gibt keine obere Grenze der Teilnehmer an einer Demonstration. Selbst größte Demonstrationen, wie in Brokdorf oder noch denkbarere größere, dürfen nicht nur und nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt "öffentliche Sicherheit und Ordnung" gesehen werden. Bei der Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte muß unsere Medienlandschaft berücksichtigt werden, deren Struktur es den Minderheiten nicht immer leicht macht, Gehör zu finden. Leider muß in diesem Staat oft erst etwas "passieren", bevor Minderheiten mit ihrer Meinung in die Medien eindringen, während andere sich das Recht nehmen, tagtäglich schreiben und drucken zu lassen.

Die sich in Hausbesetzungen und anderen Ausschreitungen manifestierende neue Jugendrevolte ist nicht auf unser Land beschränkt. Staat und Gesellschaft bieten leider sehr viele Schwachpunkte, die zu bewußten Regelverletzungen herauszufordern scheinen. Auch wenn Rechtsbruch Rechtsbruch bleibt und entsprechend verfolgt werden muß, gehört zu einer Überwindung der Legitimationskrise eine verhältnismäßige Reaktion der staatlichen Gewalt und die Einleitung von Veränderungen. Die Antwort auf die neue Jugendrevolte ist deshalb nicht der Polizeistaat Bayern. Die Antwort kann nur der Freistaat Bayern, die zur Reform und zum glaubwürdigen Dialog fähige Republik sein. (-/19.3.1981/ks/ca)

+ + +